



Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 90343 Nürnberg

Per E-Mail an die

- für die Unterbringung von Asylbewerbern zuständigen Ministerien
- Teilnehmer der ArgeFlü
- EASY-Beauftragten der Länder
- Länderkoordinatoren

nachrichtlich: BMI, MI4

**Mitteilung gemäß § 44 Abs. 2 AsylVfG über die voraussichtliche Entwicklung der Zugänge von Asylbegehrenden und den voraussichtlichen Bedarf an Unterbringungsplätzen**

410-7220-01/2015

Nürnberg, 18.02.2015

Seite 1 von 4

Sehr geehrte Damen und Herren,

die aktuelle Entwicklung gibt Anlass, für das Jahr 2015 eine Zugangsprognose bekannt zu geben.

Faktoren für die Prognose gemäß § 44 Abs. 2 Asylverfahrensgesetz sind insbesondere

- Entwicklungen in den Hauptherkunftsländern,
- Informationen aus dem GASiM über die Migrationsbewegungen, zum Beispiel aus dem Auswärtigen Amt, Bundesnachrichtendienst, Bundespolizei,
- Meldungen des Verbindungspersonals des Bundesamtes,
- Antragszahlen in den EU-Mitgliedstaaten und deren Maßnahmen,
- Maßnahmen Deutschlands,
- die bisherige Zahlenentwicklung,
- der jahreszeitliche Verlauf.

Bei der Prognose der Zahlenentwicklung wird seit Mitte 2014 auch die Zahl der über das Verteilsystem EASY registrierten Personen einbezogen, da sie den Unterbringungsbedarf auslösen.

Die Prognose von 200.000 Antragstellern beim Bundesamt für 2014, die das Bundesamt am 23.05.2014 für 2014 herausgegeben hat, war zutreffend, denn es wurden 202.800 Antragsteller verzeichnet.

Im Januar 2015 sind in EASY im Vergleich zur Geschäftsstatistik des Bundesamtes (21.679 Erstantragsteller) 32.229 Asylbegehrende verteilt worden. Bezogen auf die Erstantragsteller ist dies ein Zuwachs bei den Asylanträ-

HAUSANSCHRIFT  
Frankenstraße 210  
90461 Nürnberg

POSTANSCHRIFT  
90343 Nürnberg

BEARBEITET VON  
RAR Rauch

TEL +49 (0) 911 943-7427

FAX +49 (0) 911 943-7498

Willi.Rauch@bamf.bund.de  
www.bamf.de



Seite 2 von 4

gen von rund 73 Prozent gegenüber dem Januar 2014. Die Zahl der über EASY verteilten Personen ist jedoch weitaus stärker gestiegen. Mit 14.528 Entscheidungen über Erstanträge hat das Bundesamt im selben Zeitraum die Zahl der Entscheidungen um rund 53 Prozent steigern können, konnte jedoch mit dieser progressiven Erhöhung nicht Schritt halten.

Die Entwicklung 2014 war durch folgende Faktoren gekennzeichnet, die auch für 2015 bestimmend sind:

- Die Zentralmediterrane Route war im Jahr 2014 mit Abstand die wichtigste Route für die Migration nach Europa. Sie umfasst den Migrationsstrom aus Nordafrika (Ägypten, Libyen und Tunesien) kommend Richtung Italien und Malta über das Mittelmeer. Diese Route nutzten 2014 mehr als 170.000 Menschen –und damit dreimal so viele wie im Vorjahr-, um nach Europa zu gelangen. Das sind mehr als zwei Drittel aller festgestellten unerlaubten Grenzübertritte über die Schengenaußengrenzen. Vor allem Staatsangehörige aus Syrien (42.323), Eritrea (34.329), Mali (9.938), Nigeria (9.000) und Gambia (8.707) kamen über diesen Weg zunächst nach Italien.

2014 führte die unter Federführung der italienischen Marine durchgeführte Operation "Mare Nostrum" zu einer stark gestiegenen Anzahl in Italien angelandeter bzw. aus Seenot geretteter Migranten. Zum 1. November 2014 wurde die Operation „Mare Nostrum“ beendet. Zugleich begann die durch Frontex koordinierte gemeinsame Maßnahme "Triton“. Welche Auswirkungen dies auf die Nutzung der Zentralmediterranen Route hat, kann aktuell noch nicht beurteilt werden. Die Anlandungszahlen in Italien von Januar 2015 lassen aber vermuten, dass mit einem Rückgang nicht zu rechnen sein wird, zumal auch andere Migrationswege genutzt werden.

- Die Ostmediterrane Route ist die zweitwichtigste Route. Sie führt von der Türkei nach Griechenland, Bulgarien oder Zypern und damit in die EU. Wichtigstes Erstaufnahmeland ist Griechenland mit 77.163 festgestellten unerlaubten Einreisen im Jahr 2014. Hauptherkunftsländer waren Syrien (32.520), Afghanistan (12.901), und Pakistan (3.621). Aber auch Bulgarien gewinnt zunehmend als Transitland an Bedeutung. Während sich die Gesamtzahlen aller Asylanträge in Bulgarien mit 890 Anträgen im Jahr 2011 und 1.385 Anträgen im Jahr 2012 auf moderatem Niveau bewegten, stiegen die Antragszahlen im Jahr 2013 rapide auf 7.140 Anträge an und erreichten ihren bisherigen Höhepunkt im Jahr 2014 mit 11.081 Anträgen.



Seite 3 von 4

Hauptherkunftsländer waren auch hier Syrien (6.254) und Afghanistan (2.968).

Neben Griechenland und Bulgarien spielt aber auch Italien als Ankunftsland von aus der Türkei kommenden Migranten zunehmend eine Rolle. So wurden aktuell drei Frachtschiffe (mit rund 1.100 Migranten) mit dem Abfahrtschiff Mersin mit Ziel Italien in griechischen respektive zyprischen Hoheitsgewässern aus Seenot gerettet. Die Frachtschiffe werden häufig als Schiffswracks erworben und für eine letzte Fahrt zur Schleusung eingesetzt.

- Die Westbalkanroute ist einerseits die „Verlängerung“ der Ostmediterranen Route (türkisch-griechische See- oder Landgrenze) und andererseits die Route von oder durch die Westbalkanstaaten nach Ungarn oder Rumänien und im Verlauf über Österreich oder Tschechien nach Deutschland. Diese Route nutzen aktuell vor allem kosovarische Staatsangehörige, um nach Deutschland zu gelangen. Darüber hinaus kommen – in weit geringerem Umfang – auch syrische und afghanische Staatsangehörige über diese Route in die EU und somit nach Deutschland. Die Asylanträge in Ungarn, insbesondere die kosovarischer Staatsangehöriger, sind bereits 2014 stark angestiegen: Die Anzahl der Asylanträge von Kosovaren hat sich 2014 mit über 21.000 im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdreifacht. Aufgrund der derzeit großen Ausreisewelle von Kosovaren, rechnet man in Ungarn mit einer Anzahl von 10.000 Asylanträgen allein im Januar 2015. Diese Entwicklung wird Auswirkungen auf die Beurteilung der Westbalkanroute haben.
- Die Westmediterrane Route wird von Migranten aus dem Maghreb und der Subsahararegion genutzt und verläuft von Nordafrika (Marokko und Algerien) auf die iberische Halbinsel oder über die spanischen Exklaven Ceuta und Melilla. In 2014 war eine Zunahme der unerlaubten Einreisen über diese Route zu verzeichnen. Insgesamt ist sie jedoch von geringer Bedeutung gegenüber den zuvor genannten Routen.
- Eine gesonderte Betrachtung muss zum HKL Albanien erfolgen. Albanische Staatsangehörige nutzen keine der genannten Routen. Neueren Erkenntnissen zufolge reisen sie mit Bussen auf Fähren von Vlora (Albanien) aus nach Italien, wo verschiedene Häfen angelaufen werden, um von dort weiter nach Deutschland (insbesondere München) zu gelangen.



Seite 4 von 4

Ein Rückgang der Asylzuwanderung nach Deutschland ist aufgrund der andauernden Syrienkrise, der Verschlechterung der Situation im Irak sowie weiterer Konflikte für 2015 nicht zu erwarten. Angesichts der Situation der sich verstärkenden Asylzuwanderung aus dem Balkan geht das Bundesamt von einer weiteren Steigerung des Migrationsdrucks aus, da die Arbeitslosigkeit und die fehlenden wirtschaftlichen Perspektiven anhalten. Als EU-weites Hauptzielland einer weiter steigenden Asylummigration kann Deutschland nur bei jenen Hauptherkunftsstaaten steuernd eingreifen, die keine bzw. nur eine sehr geringe Schutzquote aufweisen. Das sind hauptsächlich die Westbalkanstaaten. Schnellere Asylverfahren und eine konsequente Rückführungspolitik können dem Migrationsdruck aus dieser Region effektiv entgegen wirken.

Während in einigen Zielstaaten in West- und Nordeuropa (z.B. Schweden, den Niederlanden und Deutschland) gerade im vergangenen Jahr signifikant mehr Asylanträge gestellt wurden, blieben z.B. Belgien und die Schweiz von dieser Entwicklung weitgehend unberührt. Die Gründe liegen vermutlich in der als „unattraktiv“ angesehenen Asylpolitik der Länder. Darüber hinaus betreiben sie eine konsequente Rückführungspolitik.

Der Personalaufbau im Bundesamt geht zügig voran. Im Jahr 2014 konnten die 300 neuen Stellen besetzt werden. 2015 stehen weitere 350 Stellen zur Verfügung, deren Besetzung angelaufen ist. Auch die in den Folgemonaten geplante zusätzliche Schaffung von Außenstellen führt zu einer weiteren Steigerung der Entscheidungszahlen, die schon 2014 um 59 Prozent gesteigert werden konnte. Auch eine Verkürzung der durchschnittlichen Verfahrensdauer der entschiedenen Verfahren von 7,1 Monaten auf 5,6 Monate im Januar 2015 konnte bereits erreicht werden.

### Fazit

Das Bundesamt geht derzeit für 2015 von einem Zugang von mindestens 250.000 Erst- und 50.000 Folgeantragstellern aus. Die Lage bleibt jedoch äußerst volatil, auch bei bislang weniger zugangsstarken Herkunftsstaaten wie z.B. der Ukraine sind deutliche Steigerungsraten zu beobachten.

Ich wäre Ihnen für eine entsprechende Berücksichtigung bei der Bereitstellung von Unterbringungskapazitäten dankbar. Bei sich abzeichnenden deutlichen Veränderungen werde ich Sie erneut entsprechend unterrichten.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag  
gez. Henning  
Leitender Regierungsdirektor

▢Seite drucken ▢zurück



17. 02. 2015

## **Krisenhafter Anstieg der Flüchtlingszahlen**

Das Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes NRW hat die kommunalen Spitzenverbände über einen krisenhaften Anstieg der Flüchtlingszahlen informiert. Der Zufluss aus dem Kosovo habe sprunghaft zugenommen und werde aller Voraussicht nach weiter drastisch zunehmen. Schätzungen gingen davon aus, dass innerhalb eines Jahres 300.000 Menschen den Kosovo häufig in Richtung Deutschland verlassen werden (1/6 der Gesamtbevölkerung). Diese Zahlen werden nach Angaben aus dem MIK NRW auch vom Bundesamt für Flüchtlinge und Migration bestätigt, das bundesweit von einem monatlichen Zulauf von 25.000 bis 30.000 Flüchtlingen aus dem Westbalkan ausgehe.

Damit sei davon auszugehen, dass entsprechend dem Königsteiner Schlüssel über die sonstigen Flüchtlinge hinaus monatlich mehr als 6.000 Flüchtlinge zusätzlich einen Asylantrag in Nordrhein-Westfalen stellen werden.

Für die Aufnahmesituation in NRW bedeute dies konkret, dass bereits in den nächsten Tagen auch die heute noch freien Kapazitäten in zentralen Unterbringungseinrichtungen des Landes belegt sein werden. Es bestehe daher akuter Handlungsbedarf. Die Bezirksregierung Arnsberg werde in den nächsten Tagen nur mit einer Überbelegung in den bestehenden Landeseinrichtungen drohende Obdachlosigkeit verhindern können. Alle Anstrengungen seien vor diesem Hintergrund darauf zu richten, in den nächsten Tagen und Wochen weitere Notunterkünfte für mehrere tausend Flüchtlinge zu akquirieren.

Herr Minister Jäger hat heute die Regierungspräsidentinnen und Regierungspräsidenten gebeten, in den einzelnen Bezirken staatliche Notunterkünfte zu schaffen, um die aktuelle Situation bewältigen zu können. Es ist davon auszugehen, dass die Bezirksregierungen Kontakt mit den Kommunen in Nordrhein-Westfalen aufnehmen werden.

© Städtetag Nordrhein-Westfalen - Alle Rechte vorbehalten